

Gemeinsam für Demokratie: Wissenschaftler fordern mehr politische Bildung!

Wissenschaftler aus MV stärken Demokratiebildung an Schulen durch ein fächerübergreifendes Netzwerk von Hochschulen.

Rostock, Deutschland - In einem eindringlichen Appell haben sich rund 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus vier Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen, um die politische Bildung an Schulen entscheidend zu stärken. Unter der Leitung von Dr. Gudrun Heinrich, Politikwissenschaftlerin an der Universität Rostock, betonen die Experten die Dringlichkeit, demokratische Werte in der Bildung fest zu verankern. „Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in anderen Bundesländern müssen wir unsere Anstrengungen zur Demokratiestärkung langfristig planen und stabile Strukturen aufbauen“, fordert Heinrich.

Das Netzwerk, das 2019 auf Initiative der Universität Rostock gegründet wurde, umfasst die Hochschule Neubrandenburg, die Universität Greifswald und die Hochschule für Musik und Theater (HMT) Rostock. Es zielt darauf ab, Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen besser auf ihre zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten. „Wir spüren einen wachsenden Bedarf an Unterstützung seitens der Schulen – sowohl von Lehrkräften als auch von verunsicherten Eltern“, schildert Heinrich. Die Notwendigkeit, auf diese Bedürfnisse zu reagieren, ist klar: Mehr Demokratiebildung ist gefragt!

Ein starkes Netzwerk für die Demokratie

Das Netzwerk plant gemeinsame Lehr- und Publikationsformate und will als Beratungsstruktur für die Landespolitik fungieren. „Demokratie ist keine Zusatzaufgabe, sie gehört zur DNA von Bildung und Wissenschaft“, betont Jan Rooschütz von der Universität Greifswald. Neben den Geistes- und Sozialwissenschaften sind auch Fachkräfte aus Erziehungswissenschaften, Sozialer Arbeit sowie Musik- und Medienpädagogik aktiv. Helene Hammerich von der HMT weist darauf hin, dass auch Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Medizin in die demokratische Bildung integriert werden müssen, besonders nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie.

Prof. Dr. Júlia Wéber aus Neubrandenburg unterstreicht die Bedeutung der Freiheit von Forschung und Lehre: „Wir müssen Angriffe auf die Meinungsfreiheit abwehren und die Vielfalt der Zugänge zur Demokratie fördern.“ Doch die Voraussetzungen für eine freie Wissenschaft sind nicht selbstverständlich, und eine zuverlässige Förderung der Demokratietarbeit ist unerlässlich. Wéber fordert eine enge Verzahnung von Schule und Sozialer Arbeit, um die demokratischen Strukturen nachhaltig zu stärken.

Details	
Ort	Rostock, Deutschland
Quellen	• nachrichten.idw-online.de

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)